Textliche Festsetzungen zur 5. Änderung des Bebauungsplan Nr. 90 - Laubacher Feld -

A. Festsetzungen gemäß Baugesetzbuch (BauGB)

1. Gemäß §9 (1) Nr.3 BauGB wird die Mindestbreite der Baugrundstücke auf 6,0 m festgesetzt.

2. Gemäß §9 (1) Nr.20 BauGB sind ebenerdige Stellplatzflächen und Garagenvorplätze in wassergebundener Decke, mit Rasengittersteinen oder anderen durchlässigen Materialien auszuführen.

3. Gemäß §9 (1) Nr.24 BauGB werden unter Bezug auf die schalltechnische Untersuchung des Ingenieurbüros Akustikberatung Peutz GmbH vom 26.01.1995, Bericht Nr. VL 5600-1, folgende Festsetzungen über passive Schallschutzmaßnahmen getroffen:

Innerhalb des Bebauungsplangebietes sind alle Außenbauteile von Gebäuden so auszubilden, daß sie den in der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" (Ausgabe 1989, Abschnitt 5, Tabelle 8) definierten Anforderungen des Lärmpegelbereichs III entsprechen.

Als Anhaltspunkt für die Schallschutzklasse der Fenster dient die abgebildete Tabelle, die abgeschätzte Schalldämmwerte der Außenbauteile nach DIN 4109 für Wohnungen bei maximal 40% Fensterfläche darstellt. Ergeben sich wesentliche Abweichungen von dem Verhältnis von maximal 40% Fensterfläche zu 60% Wandfläche, so ist das erforderliche Schalldämm-Maß der Fenster gesondert nachzuweisen.

Lärmpegelbereich Wohnungen	erf. R´w,res	R´ _{w,Wand}	R´ _{w,Fenster}	Schallschutzklasse der Fenster
	30 dB	35 dB	25 dB	1
III	35 dB	40 dB	30 dB	2
IV	40 dB	45 dB	35 dB	3
V	45 dB	50 dB	40 dB	4
VI	50 dB	55 dB	45 dB	5

Bei der Auswahl der schalldämmenden Lüftungen ist darauf zu achten, daß die Schalldämmung des Fensters durch die Lüftung nicht verschlechtert wird. Daher sind Fenster mit einer zugehörigen schalldämmenden Lüftung gleicher Schallschutzklasse zu verwenden.

4. Gemäß §9 (1) Nr.25a BauGB Flachdachgaragen zumindest extensiv zu begrünen. Unter extensiver Dachbegrünung wird folgendes verstanden: einfacher Schichtenaufbau, mit Ausnahme der Abdichtungen kein besonderer technischer Aufwand, flächige Begrünung mit besonders anspruchslosen Pflanzen, die sowohl Trockenheit als auch zeitweise Vernässung vertragen und relativ geringer Pflegeaufwand.

Intensive Dachbegrünung ist im Gegensatz dazu geprägt durch einen relativ hohen technischen Aufwand hinsichtlich des Schichtenaufbaus und der Wasserversorgung, einer Bepflanzung nach in erster Linie gestalterischen Ansprüchen und in der Regel relativ aufwendigen Maßnahmen in Pflege und Unterhaltung.

5. Gemäß §9 (1) Nr.25a BauGB sind geschlossene Hauswände von mehr als 5,0 m Breite bei Hauptgebäuden sowie die geschlossenen Außenwände von Garagen und überdachten Stellplatzanlagen (Carport) mit Rank-, Schling- und Kletterpflanzen (z.B. Wein, Efeu) zu begrünen (siehe Landschaftspflegerischer Begleitplan / Grünordnungsplan Seite 43, Ziffer 6.3.2).

6. Gemäß §9 (1) Nr.25a BauGB sind auf den im Bebauungsplan festgesetzten Standorten Einzelbäume anzupflanzen (siehe Landschaftspflegerischer Begleitplan / Grünordnungsplan Seite 42 -

7. Gemäß §9 (2) BauGB sind Geländeaufschüttungen nur bis zu einer Höhe von 2,10 m zulässig. Geländeaufschüttungen und -abgrabungen müssen auf die angrenzenden Gebäude und Grundstücke höhenmäßig abgestimmt werden.

B. Festsetzungen gemäß Baunutzungsverordnung (BauNVO)

1. Gemäß §12 (6) BauNVO i.V.m. §23 (5) BauNVO und §9 (1) Nr.4 BauGB sind Garagen, überdachte Stellplatzanlagen (Carport) und Stellplätze nur auf den im Plan festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen und auf den dafür besonders festgesetzten Flächen zulässig. Außerdem sind Garagen, überdachte Stellplatzanlagen (Carport) und Stellplätze auch außerhalb dieser Flächen zulässig, wenn sie in Verlängerung der vorderen und hinteren Baugrenze liegen. Damit sind die Baugrenzen gemeint, die parallel zur festgelegten Hauptfirstrichtung verlaufen. Stellplätze und Garagenzufahrten sind darüber hinaus auch zwischen dem das Grundstück erschließenden Geh-,

Fahr- und Leitungsrecht und der vorderen Baugrenze zulässig. Siehe auch Punkt C 7.

2. Gemäß §14 BauNVO i.V.m. §9 (1) Nr.25a BauGB sind auf Grundstücksgrenzen Stützmauern nur bis zu einer Höhe von 1,10 m zulässig. Sie sind mit einer Rankbepflanzung einzugrünen, sofern sie nicht als Trockenmauer ausgestaltet werden.

3. Gemäß §14 (2) Satz 2 BauNVO werden fernmeldetechnische Anlagen (Mobilfunkmasten) im Plangebiet ausgeschlossen.

4. Gemäß §16 (2) BauNVO werden für jedes Baufenster zwei Höhen über NN für die Oberkante Fertigfußboden Erdgeschoss festgelegt. Zwischen diesen Höhenwerten ist innerhalb des Baufensters die Höhe für die einzelnen künftigen Bauabschnitte zu interpolieren. Die Höhenwerte sind Maximalwerte, die nicht überschritten werden dürfen. Als Bauabschnitt gelten aneinander gebaute Gebäude generell beziehungsweise bei einer höhenmäßig und/oder versetzten Anordnung die Reihenhäuser in gleicher Lage.

5. Gemäß §19 (4) Satz 2 ist eine Überschreitung der festgesetzten GRZ bei Reihenmittelhäusern in dem mit A bezeichneten Baufenster zur Errichtung der Terrasse zulässig.

6. Gemäß §20 (3) BauNVO sind die Flächen von Aufenthaltsräumen in anderen als Vollgeschossen bei der Ermittlung der Geschoßfläche mitzurechnen. Dies gilt nicht für Aufenthaltsräume in

7. Gemäß §23 (3) BauNVO dürfen die festgesetzten Baugrenzen zur Errichtung von Wintergärten ausnahmsweise bis zu einer maximalen Tiefe von 3,0 m überschritten werden. Außerhalb der Baugrenzen liegende Wintergärten oder Teile von Wintergärten dürfen maximal mit einer Höhe von 3,0 m errichtet werden. Ein Wintergarten ist ein Vorbau, dessen Dach und Wände überwiegend aus Glas oder anderen transparenten Materialien bestehen.

C. Gestalterische Festsetzungen gemäß §86 Bauordnung NW (BauONW)

1. Dächer sind mit einer Neigung von 20 bis 38 Grad auszuführen. Flachdächer für Wohngebäude sind nicht zulässig.

2. Reihenhäuser sind bezüglich Dachform, Dachneigung und Dacheindeckung (Material und Farbe) sowie der Gestaltung der Fassaden einschließlich Fensterrahmen (Material und Farbe) innerhalb eines Bauabschnitts gleich auszuführen. Als Bauabschnitt gelten aneinander gebaute Gebäude generell beziehungsweise bei einer höhenmäßig und/oder versetzten Anordnung die Reihenhäuser in gleicher Lage.

3. Bewegliche Abfall- und Wertstoffsammelbehälter sind sichtgeschützt (z.B. in Gebäuden oder durch intensive Eingrünung) unterzubringen.

4. Die Gesamtbreite von Dachgauben und sonstige Dachaufbauten sowie Dacheinschnitten darf die zwei Drittel der darunter liegenden Gebäudewände nicht überschreiten. Darüber hinaus müssen Dachgauben von den seitlichen Außenkanten der zugehörigen Dachfläche (nicht jedoch von der Traufe) jeweils mindestens 1,25 m entfernt liegen. Zulässig sind auch aneinander gebaute Dachaufbauten. Übereinander liegende Dachaufbauten und Dacheinschnitte sind unzulässig. Für Dachgauben und sonstige Dachaufbauten gilt die Festsetzung C1 bezüglich der Dachneigung

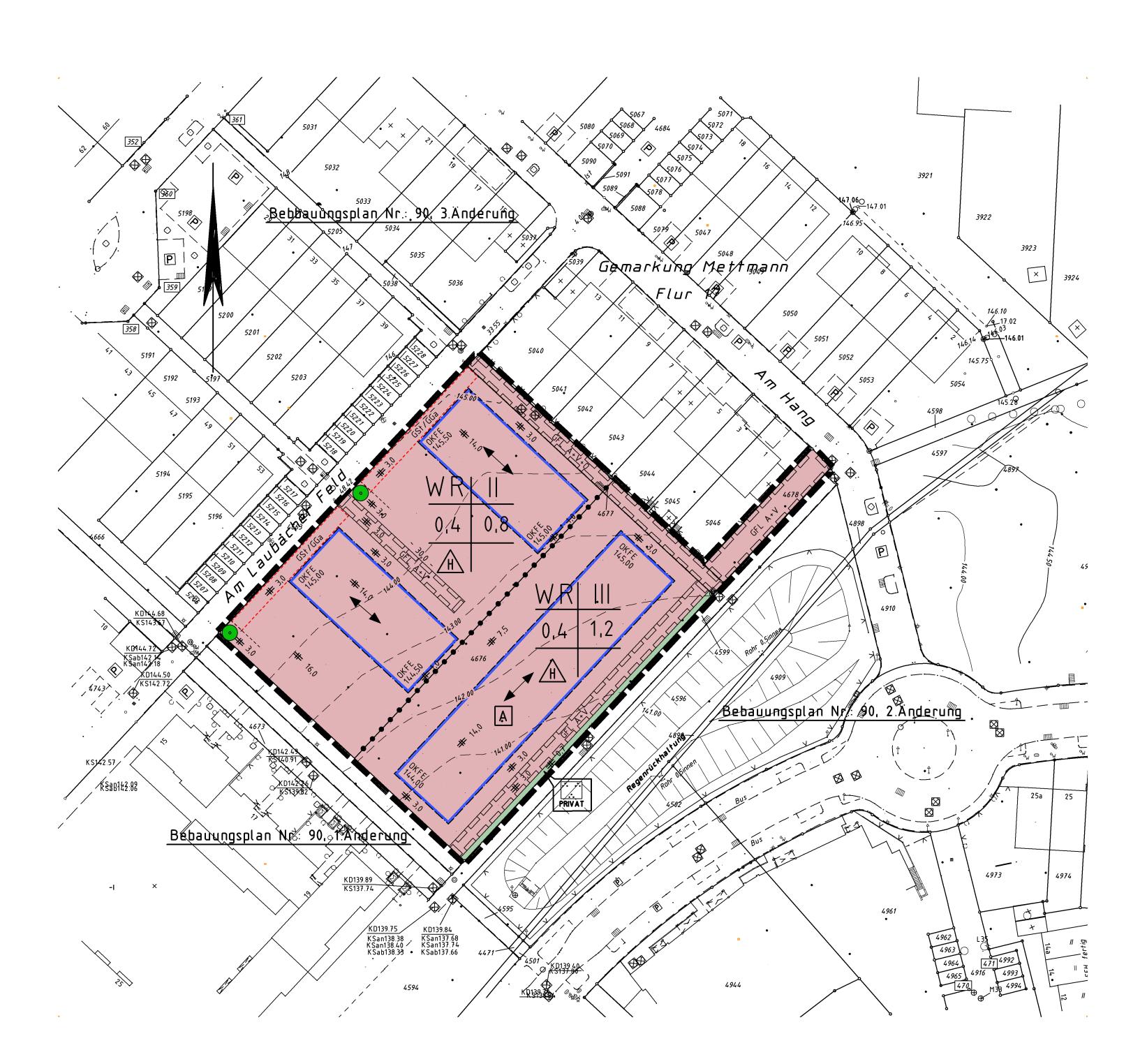
5. Drempel sind nur bis zu einer Höhe von 0,9 m zulässig. Als Drempel wird der Bereich des aufsteigenden Mauerwerks bezeichnet, der oberhalb der Geschoßdecke des letzten Vollgeschosses liegt. Die Höhe wird gemessen von Oberkante Rohbaudecke bis zum Schnittpunkt Außenkante Außenmauerwerks mit Unterkante Dach.

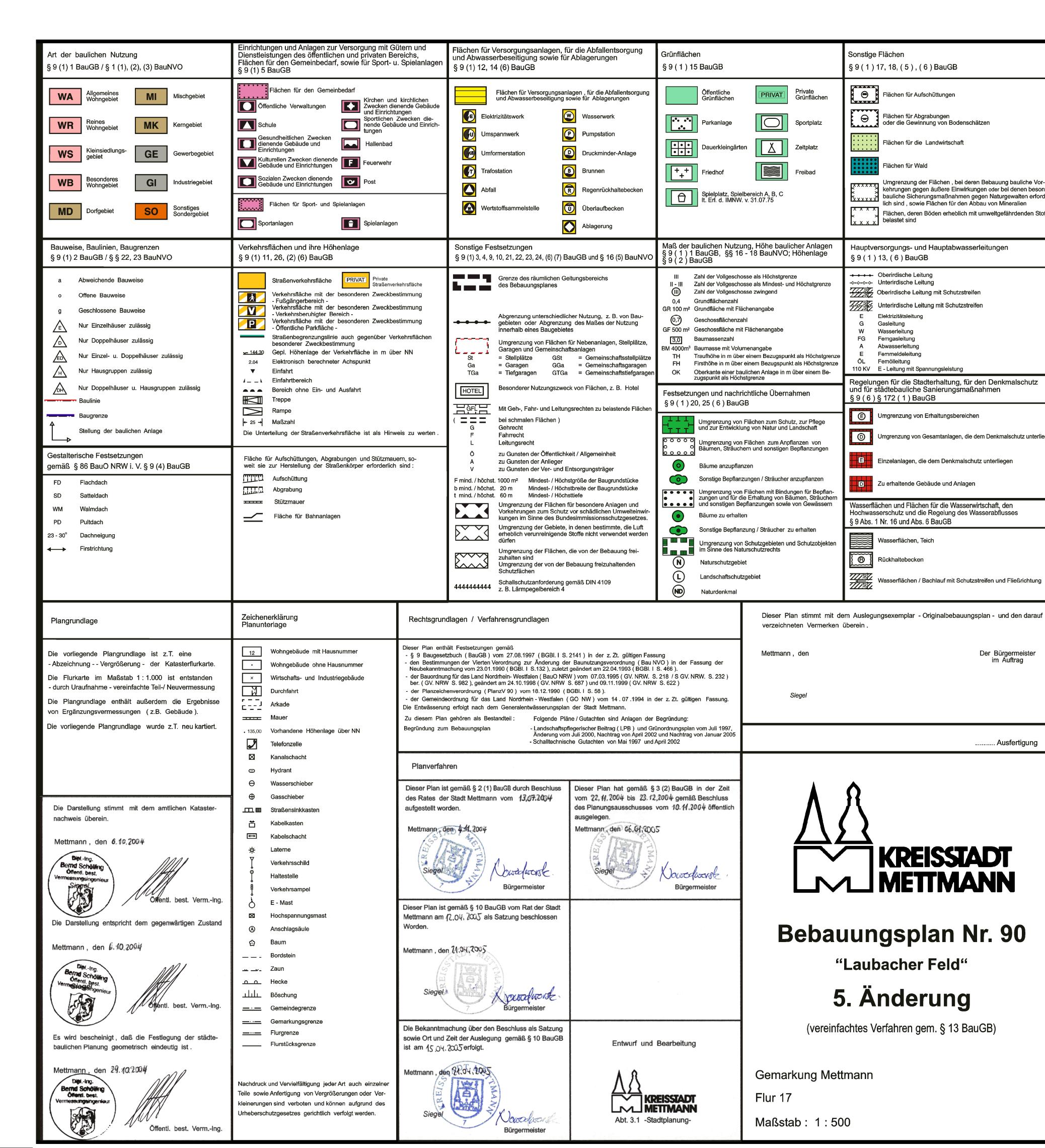
6. Die festgesetzte Firstrichtung bezieht sich auf die Firstrichtung des Hauptdaches. Für untergeordnete Baukörper (z.B. Erker, Dachaufbauten) ist auch eine abweichende Firstrichtung zulässig, wenn der Nebenfirst niedriger als der Hauptfirst liegt.

7. Gemäß §86 BauONW i.V.m. §9 (1) Nr.20 und Nr.25a BauGB sind Vorgartenflächen zu begrünen. Davon ausgenommen sind die für den Gehweg und den Standort der Wertstoffsammelbehälter notwendigen Flächen. Vollständige versiegelte Vorgartenflächen sind nicht zulässig. Vorgartenflächen sind die Flächen zwischen dem das Grundstück erschließenden Geh-, Fahr- und Leitungsrecht und dem Baukörper.

Im Härtefall sind von den gestalterischen Festsetzungen Ausnahmen möglich.

Mit Inkrafttreten der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 90 - Laubacher Feld - werden die in deren Geltungsbereich fallenden Teile des Bebauungsplanes Nr. 90, 3. Änderung - Laubacher Feld aufgehoben.





Sonstige Flächen

§ 9 (1) 17, 18, (5) , (6) BauGB

Flächen für Aufschüttungen

Flächen für Wald

v_{x x x x} belastet sind

§ 9 (1) 13, (6) BauGB

→ → → Oberirdische Leitung

Elektrizitätsleitung

Fernmeldeleitung

§ 9 (6) § 172 (1) BauGB

110 KV E - Leitung mit Spannungsleistung

G Gasleitung

W Wasserleitung

ÖL Femölleitung

FG Ferngasleitung

A Abwasserleitung

Oberirdische Leitung mit Schutzstreifen

Unterirdische Leitung mit Schutzstreifen

Flächen für Abgrabungen

oder die Gewinnung von Bodenschätzen

Umgrenzung der Flächen , bei deren Bebauung bauliche Vor-

lich sind , sowie Flächen für den Abbau von Mineralien

kehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere

Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen

bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforder-

Flächen für die Landwirtschaft

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen

Regelungen für die Stadterhaltung, für den Denkmalschutz

Einzelanlagen, die dem Denkmalschutz unterliegen

und für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

Umgrenzung von Erhaltungsbereichen

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den

lochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

Wasserflächen / Bachlauf mit Schutzstreifen und Fließrichtung

KREISSTADT

"Laubacher Feld"

5. Änderung

Der Bürgermeister im Auftrag

..... Ausfertigung

Zu erhaltende Gebäude und Anlagen

§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB

Rückhaltebecken

Wasserflächen, Teich